



TAGUNG „DAS NEUE HUMANPOTENTIAL“

**MITTEL-, OST- UND SÜDOSTEUROPA AUF DEM WEG ZUR
WISSENSGESELLSCHAFT**

**DR. ULRICH HILLENKAMP
Stellvertretender Direktor
Europäische Stiftung für Berufsbildung
Turin**

WIEN

3.-4. FEBRUAR 2003

1. Europa verändert sich (ob „dramatisch“, „einmalig“, „in unvorstellbarem Maße“ oder wie auch immer hängt – u.a. – von der eigenen historischen Sichtweise ab):
 - durch den historischen Prozess der Erweiterung der Europäischen Union. Zehn neue Mitgliedsländer im Jahr 2004, zwei weitere (Rumänien / Bulgarien) in 2007
 - die Türkei, ein Beitrittsland mit der Aussicht, Beitrittsverhandlungen unverzüglich nach erneuter Überprüfung im Europäischen Rat im Dezember 2004 aufzunehmen. Ein Land, dessen Beitritt die EU in erheblich stärkerem Maße verändern würde
 - durch die Beitrittsperspektive für die Länder des Westlichen Balkans durch ihren Status als sogenannte „potentielle Beitrittskandidaten“
 - durch die Politik der „neuen Nachbarschaft“, die sich auf Länder wie die Ukraine, Moldau oder gar die Russische Föderation bezieht

2. Europa – oder präziser gesagt – die Europäische Union – verändert sich im Bereich des Gegenstandes der heutigen Tagung – Humanpotential – auch hier mag jeder einzelne das für sich passende Wort für diese Veränderung finden – in einem überaus spannenden Prozess, der teils nach innen, teils nach außen gerichtet ist. Ich möchte hier einige durchaus bekannte Stichworte wiederholen, die auch aus der Sicht der Europäischen Stiftung für Berufsbildung von erheblicher Relevanz für das heutige Thema sind:
 - a. Ausgangspunkt ist das schon mehrfach zitierte strategische Ziel von Lissabon (März 2000), die Europäische Union zur wettbewerbsstärksten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft in der Welt zu machen. Dieses Ziel, das von Anfang an die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas einbezog, richtet sich nach außen in der Positionierung insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten, richtet sich aber insbesondere nach innen in der Forderung, erheblich mehr in Bildung und Ausbildung in den einzelnen Ländern, aber

auch in konzertierter Aktion auf europäischer Ebene zu investieren. Strategien zur Umsetzung und Realisierung des umfassenden Ansatzes des lebenslangen Lernens, die Verbesserung der Qualität von Bildung und Ausbildung (z.B. durch Fortentwicklung von Curricula in wissensintensiven Bereichen, aber auch durch mehr Transparenz) oder die Verstärkung von Bildung und Ausbildung in ihrem Beitrag zur Beschäftigungsfähigkeit und -förderung (mehr und bessere Jobs) haben signifikante Bedeutung für die Entwicklung der Wissensgesellschaft. Genannt werden auch als besonders relevant für die Entwicklung der Wissensgesellschaft Curriculare Reformen in Bildung, Ausbildung, Hochschulbildung und Weiterbildung in mehr grundsätzlicher und umfassender Weise, ein stärkerer Bezug von Bildung auf Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes (die Wissensgesellschaft führt u.a. zu einer ungeheuren Veränderungsdynamik der Berufe), die europaweite Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen unter Einbeziehung des nicht formalen und informellen Lernens, letzteres insbesondere als Bedingung für einen europäischen Arbeitsmarkt und einen europäischen Bildungs- und Wissensraum (Stichwort: Mobilität).

In diesem Zusammenhang ist beunruhigend, dass die Kommission jüngst festgestellt hat, dass die Europäische Union an einem globalen „under-investment“ (nicht ausreichendem Investment) bezogen auf öffentliche wie private Ausgaben für die Entwicklung von Humanressourcen, leidet, eine Situation die durch den Beitritt der 10 Länder noch verschärft wird. Dies gefährdet die Erreichung der Zielmarken für 2010.

- b. Die gesamte Diskussion zur Wissensgesellschaft hat neben der schon erwähnten Wettbewerbskomponente nach außen (nebenbei bemerkt für die zukünftigen Mitgliedsländer nicht so ganz verständlich, weil Amerika für sie immer mehr ein Vorbild und ein „Wunschland“ denn ein Konkurrent war) und der Fokussierung auf Bildung und Ausbildung oder allgemeiner der Entwicklung der Humanressourcen nach innen ein drittes

interessantes Element für unsere Diskussion, nämlich Europa weltweit zu einem Referenzzentrum für Reformansätze und Qualität von Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten zu machen, ein Referenzzentrum, das als Anziehungspunkt für – potentielle - Spitzen- und Nachwuchskräfte aus Drittländern dient und zugleich „Vermarktungsmöglichkeiten“ für Bildungsangebote eröffnet.

In diesem Zusammenhang gibt es eine hochinteressante Entwicklung in der Europäischen Union hin zu einem europäischen „Mehrwert“ in Bildung und Ausbildung, der sich durch Vergleiche und sogenanntes „Benchmarking“ bildet – ein noch vor einigen Jahren nahezu ungehöriger Vorgang im Bereich von Bildung und Ausbildung,, der erst durch die Akzeptanz einer europäischen Beschäftigungsstrategie und einer sogenannten „offenen Methode der Koordinierung“ (open method of co-ordination) zur Auswahl von Themen, die gemeinsam behandelt werden sollen, möglich wurde. Dieser europäische Mehrwert auch in Bildung und Ausbildung hat inzwischen Eingang in die Außenpolitik gefunden, die ein Interesse daran formuliert hat, nicht nur altruistisch andere Länder in ihren Reformbemühungen zu unterstützen, sondern über die europäischen Förderprogramme für die verschiedenen Regionen dieser Welt – ich nenne hier nur beispielhaft die Kürzel Phare, CARDS, Tacis und MEDA für entsprechende Programme in Mittel- und Osteuropa, dem Westlichen Balkan, den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und den Anrainerstaaten des Mittelmeeres – diesen sogenannten europäischen Mehrwert auch in Bildung und Ausbildung aktiv zu befördern. Stichworte hierzu (zum europäischen Mehrwert) sind u.a. die Rolle der Sozialpartner in der Entwicklung von Strategien und in der Förderung von Teilnahme an Bildung und Ausbildung, die Verantwortlichkeit des Staates, auch für den gesellschaftspolitischen Stellenwert der Berufsbildung, die eminente Rolle der Lehrer und Ausbilder, sowie die Frage von Schlüsselqualifikationen.

- c. Ich habe bewusst für mein Eingangsstatement diese breitere Einleitung gewählt, um deutlich zu machen, in welchem Umfeld sich mir die

Frage des „Beitrag des Humankapitals Mittel-, Ost- und Südosteuropas zur Wissensgesellschaft“ stellt.

3. Bevor ich fortfahre, sollte ich Ihnen eine kurze Information zur Europäischen Stiftung für Berufsbildung geben, die ich hier vertrete, damit Sie sehen, auf welchem Hintergrund ich meine Aussagen mache:

Die Stiftung ist eine Agentur der Europäischen Union mit Sitz in Turin. Sie hat rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Ländern der Europäischen Union und auch aus einigen Beitrittsländern. Ihr geopolitischer Zuständigkeitsbereich umfasst die Beitrittsländer, die Länder des Westlichen Balkans (ehemaliges Jugoslawien), die Länder der ehemaligen Sowjetunion einschließlich der Mongolei und die Anrainerstaaten und Gebiete des Mittelmeers, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, von Marokko bis zum Libanon.

Die Stiftung hat sich über die Jahre zu einem Zentrum des Erfahrungswissens (centre of expertise / centre of reference) in folgenden Kernbereichen entwickelt:

- Detaillierte Kenntnis der Länder in den vier oben erwähnten geopolitischen Zonen
- Solides System- und Fachwissen in Berufsbildung und Beschäftigungsförderung, zunehmend - im Kontext des lebenslangen Lernens - auch in Allgemeinbildung und im Hochschulbereich
- Beiträge zur Außenpolitik der Europäischen Union - im Bereich der Beschäftigungsförderung, der Entwicklung der Humanressourcen und der Förderung der „civil society“ (Zivilgesellschaft).

Die Stiftung leistet zudem die technische Unterstützung der Kommission für das Tempus-Programm im Hochschulbereich, das ursprünglich die Beitrittsländer – nunmehr abgelöst durch deren Teilnahme an den EU-Programmen Sokrates und Leonardo – und heute die Länder des Westlichen Balkans sowie der ehemaligen Sowjetunion einschließlich der Mongolei umfasst. Erst kürzlich ist entschieden worden, das Tempus-Programm auch für die Mittelmeerländer zu öffnen. Das Tempus Programm stellt einen wichtigen

Motor für Innovationen in den Hochschulen und Hochschulstrukturen dar und unterstützt die Kultur des Wandels im tertiären Bereich.

Die Stiftung verfügt über ausgedehnte Netzwerke. Sie arbeitet in enger Kooperation mit CEDEFOP, dem Berufsbildungszentrum der Europäischen Union, Eurydice und Eurostat und unterhält strategische Partnerschaften mit der OECD, der Weltbank, dem Internationalen Arbeitsamt sowie der Unesco und ihrem Netzwerk Unevoc.

Die Stiftung öffnet Zugang zu Erfahrungswissen, legt Grundlagen für Förderungsprogramme der Europäischen Union, übernimmt Fachberatung und politische Beratung in unseren Partnerländern und versteht sich als Stimulator für Netzwerke und als Garant für ein „corporate memory“ von Reformansätzen – Erfolgen und Misserfolgen in den Partnerländern.

4. Zurück zum Thema der Tagung. Ich weiß nicht, ob es eine präzise geographische Definition für Mittel-, Ost- und Südosteuropa gibt. Lassen Sie mich daher meine Bemerkungen auf unsere Erfahrungen mit den Beitrittsländern (mit Ausnahme der Türkei, weil hier die Verhältnisse anders liegen) sowie den sogenannten potentiellen Beitrittsländern des Westlichen Balkans beschränken.
 - a. Es kann nicht überraschen, dass sich zumindest in den zehn Ländern, die im Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union werden, im Prinzip schon jetzt die gleichen Entwicklungslinien und –schwerpunkte finden wie in den gegenwärtigen Mitgliedsländern.
 - b. Der Beitrittsprozess stand und steht unter der Richtlinie, den sogenannten „acquis communautaire“ in allen Politikbereichen, also auch in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, zu übernehmen. Wurde dieser „acquis“ im Bildungs- und Berufsbildungsbereich zunächst rein formal interpretiert im Sinne von Rechtsakten (etwa zur Anerkennung von Diplomen), entwickelte er sich mehr und mehr zu einem sogenannten „soft acquis“, der allgemein geübte und bewährte Praxis, positive Erfahrungen im Bereich von Berufsbildungs- und Beschäftigungspolitik

und schließlich politische Konsensbildungen, wie etwa zum allumfassenden Prinzip des lebenslangen Lernens mit umschloss und umschließt. Dieser Ansatz der Übernahme des acquis – dies sei kritisch angemerkt – ließ allerdings so gut wie keinen Raum, innovative Entwicklungen außerhalb der Erfahrungswelt der EU in der Gestaltung einzubeziehen.

Eine Unterscheidung scheint mir wichtig: Herr Busek hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die politischen Umwälzungsprozesse ganz entscheidend von den Menschen in diesen Ländern selbst in Gang gesetzt und umgesetzt wurden. Hier wäre jeder Gedanke an einen Anpassungsprozess menschlicher Fähigkeiten und Kräfte fehl am Platz.

Anders verhält es sich mit Qualifikationen, die auf den Umstrukturierungsprozess von Wirtschaft und Arbeit, von öffentlichen Verwaltungen oder Bildungsinstitutionen bezogen sind, die mit der Reform der Wirtschaftssysteme hin zur Marktwirtschaft zu tun haben.

Es steht außer Frage, dass die jahrelangen Bemühungen aller Beitrittsländer zur Reform der Bildungs- und Berufsbildungspolitik, die massiv von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten, aber auch von anderen multinationalen Geberinstitutionen, wie z.B. der Weltbank, unterstützt worden sind, dazu geführt haben, dass dieser Bereich ganz allgemein, das Humanpotential im besonderen, zur Bereicherung, Innovation und Vielfalt im Bildungswesen in der Europäischen Union beitragen kann und wird. Selbstverständlich bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Beitrittsländern (Polen z.B. stellt allein die Hälfte des Zuwachses der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25-64) der zehn Beitrittsländer, der insgesamt 20 % beträgt) – wie auch zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten – und selbstverständlich hat die gleichzeitige Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform der Wirtschaftssysteme, der Arbeitsmarktpolitik und einer Neuformulierung der Bildungs- und Berufsbildungspolitik zu einer enormen Herausforderung geführt, in der es nicht gelingen konnte, schon jetzt alle Probleme zu lösen. Wir wissen auch aus unseren

Erfahrungen in Ländern wie in Deutschland, dass Reformen und Innovation Zeit brauchen, um zu entstehen, um akzeptiert und in praktische Politik umgesetzt zu werden. Für die Beitrittsländer als auch für andere Länder in vergleichbaren Umwälzungsprozessen, die viel auch mit Persönlichkeitsentwicklung zu tun haben, sollte man daher eher in Generationen, zumindest einer Generation, als in kürzeren Zeiträumen denken, bevor Reformen richtig greifen. Dies stellt die generelle Aussage aber nicht in Frage.

Die Stiftung hat im Oktober letzten Jahres im Auftrag der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales sogenannte „Monographien“ für die Beitrittsländer erstellt, die die Berufsbildungssysteme und Arbeitsamtstrukturen im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik untersucht haben. Ausgangspunkt war eine Tiefenstudie zur Umsetzung von Ansätzen des Prinzips des lebenslangen Lernens.

In Würdigung des Erreichten werden im Bericht Bereiche aufgeführt, in denen es weitere erhebliche Verbesserungsnotwendigkeiten gibt. Diese betreffen insbesondere

- die Notwendigkeit eines höheren und konsolidierten Investments in Humankapital zur Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft. Ein besonderes Defizit besteht hier im Bereich des privaten Funding insbesondere zur weiteren Entwicklung des Humanpotentials durch die Unternehmen. Investment in Bildung wird noch nicht ausreichend als Produktionsfaktor gesehen. Zugleich fehlen aber auch entsprechende Anreize (incentives) staatlicherseits für Betriebe wie für den einzelnen, um Qualität und Ausmaß des Investments in das menschliche Kapital signifikant zu steigern;
- Verbesserung des Status und der Ausbildung der Lehrer, Ausbilder, des Schulmanagements und der Gewinnung von Nachwuchs in überalterten Strukturen;
- ein stärkerer Bezug von Bildung und Ausbildung auf die Bedürfnisse eines sich wandelnden Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Entwicklung und eine verbesserte Reaktionsfähigkeit

(responsiveness) des Bildungssystems auf stattgefundene oder vorhersehbare Veränderungen (Kompensation der Einbrüche in Sektoren wie der Landwirtschaft und der Schwerindustrie; gezielte Förderung des Dienstleistungssektors, breitere Grundbildung, bessere Abschätzung künftigen Qualifizierungsbedarfs und gezielte Aktionen gegen „skills mismatch“, um nur einige Beispiele zu nennen).

- Die Weiterentwicklung eines neuen Rollenverständnisses zwischen öffentlichem und privatem Bereich, zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene und zwischen Staat und Sozialpartnern im Sinne einer wohl verstandenen Partnerschaft;
- die Beteiligung von Sozialpartnern insbesondere im Qualifizierungsbereich und –prozess (sehr wenig entwickelt);
- der Ausbau der Weiterbildung unter Einschluss der Unternehmen;
- die Notwendigkeit aktiverer Arbeitsmarktpolitik mit gezielter Förderung der niedrig Qualifizierten (eines der ganz großen Probleme) und älterer Arbeitnehmer;
- dem Anwachsen regionaler Disparitäten und Einkommensdisparitäten entgegenzuwirken.

Mit Beitritt wird der Europäische Sozialfond ein – vielleicht das – wesentliche Struktur- und Förderinstrumentarium darstellen, um den neuen Mitgliedsländern ein weiteres Aufholen zu ermöglichen. Irland ist für viele das Beispiel wie der ESF zu einer umfassenden Entwicklung von Humanressourcen genutzt werden kann. Die Beitrittsländer werden schon jetzt durch das sogenannte Phare-Programm mit Unterstützung der Europäischen Stiftung auf die Teilnahme am ESF vorbereitet.

Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass auch für manches gegenwärtige Mitgliedsland noch erhebliches Investment in die Entwicklung des Humankapitals und –potentials erforderlich ist, wenn es eine adäquate Rolle in der Entwicklung der Wissensgesellschaft bis zum Zieljahr 2010 spielen will. Die Ergebnisse der Pisa-

Studie haben manchen aufgeschreckt, ich denke nur an mein eigenes Land, Deutschland. Und ob wirklich ausreichend reagiert wird, scheint mir noch alles andere als gesichert zu sein.

- c. Rumänien und Bulgarien, die noch nicht 2004 sondern erst 2007 aufgenommen werden sollen, sind, denke ich, auf einem guten Weg, insbesondere bei der Förderung der Humanressourcen weiterhin gute Fortschritte zu machen. Die Europäische Union hat zugesagt, ihre gezielte Unterstützung des Reformprozesses zu intensivieren.
- d. In den Ländern des Westlichen Balkans sind die Verhältnisse durchweg schwieriger. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme sind manchmal erdrückend, eine regionale Zusammenarbeit ist nicht ausreichend etabliert, die Reformbemühungen sind vielfach noch am Anfang. Aber auch hier ist eine differenzierte Betrachtungsweise Land für Land anzuraten. Und für mich besteht kein Zweifel, dass auch diese Staaten an dem Weg zur Wissensgesellschaft teilnehmen, dass sie die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union aufmerksam verfolgen und in der wissensbasierten Wirtschaft auch ihre Zukunft sehen. Die Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen, das EU-Programm CARDS und die Zusammenarbeit im Rahmen des Stabilitätspaktes werden ihnen hier behilflich sein. Der sogenannte erweiterte Graz-Prozess, die Arbeit der OECD und des Europarates tragen wesentlich zur Reform von Bildung und Menschenverständnis in diesen Regionen bei.
5. Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal eine grundsätzlichere Bemerkung zur Wissensgesellschaft und zur wissensbasierten Wirtschaft sagen. Zunächst wage ich bezweifeln, dass es ein allgemeingültiges Verständnis dieser Begriffe und Inhalte gibt. Gerade im Bereich Bildung / Kultur / Wissen / Erfahrung ist vieles mit Tradition, Geschichte, eigenem Hintergrund, Visionen, Individualbedürfnissen und manchem mehr verbunden. Oberflächlich betrachtet hat natürlich vieles mit der atemberaubenden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien zu tun, aber

dies ist sicherlich nicht alles. Auch hat uns nicht nur der Absturz an den Börsen der neuen Märkte Grenzen und Übertreibungen verdeutlicht.

Kein Zweifel kann bestehen, dass wissensbasierte Systeme, -ansätze und Arbeitsweisen in allen Wirtschaftssektoren ihr Potential, häufig sogar ein gewaltiges Potential haben. Ob dies allerdings immer und automatisch zu höherer Produktivität oder einer Verbesserung des Lebensstandards oder der Lebensqualität führt, kann schon wieder in Frage gestellt werden. Auch ist die Gefahr einer neuen sogenannten „digital divide“, eines „Nichtbeherrschens“ der Informationstechnologien nicht zu übersehen, ein Thema, das ich nur vollständigkeitshalber an dieser Stelle erwähnen möchte.

Außerhalb jeder Frage steht für mich die Bedeutung der Entwicklung der Humanressourcen, seien sie wirtschaftlich, sozial oder individuell orientiert. Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen hängt, wie wir alle wissen, entscheidend von der Qualität der Mitarbeiter/-innen ab. Nachhaltige Entwicklung beruht auf Wissen und Innovation. Die Qualität kann wiederum nur erreicht und gehalten werden durch die Umsetzung des Prinzips des lebenslangen Lernens (daher auch eine der Grundlagen der europäischen Beschäftigungsstrategie). Diese Umsetzung und Operationalisierung des Prinzips des lebenslangen Lernens mit ihren sehr grundsätzlichen Konsequenzen für das gesamte Bildungswesen (die Kommission spricht hier von „building blocks“, Beispiele sind: Reduzierung des Schulversagens, Reduzierung der drop-out Quote, Verbesserung des Zugangs zu Bildung und v.a.m.) ist bisher in ausreichendem Maße weder in den gegenwärtigen Mitgliedsländern noch in den Beitrittsländern, noch in den potentiellen Beitrittsländern geschehen.

Auf europäischer Ebene – und ich spreche hier von dem erweiterten Europa – ist wichtig zu vermerken, dass der Europäische Sozialfond die Wissensgesellschaft als eines ihrer horizontalen Themen definiert. Dies trägt zugleich zu „social inclusion“ und zur generellen Stimulierung von Innovation bei, ein weiteres Kernstück der Wissensgesellschaft.

Lassen Sie mich schließen mit der

Feststellung, dass die Beiträge des Humankapitals von Mittel-, Ost- und Südosteuropa schon heute aus der Weiterentwicklung der anspruchsvollen Ziele der Europäischen Union bis zum Jahre 2010 nicht mehr wegzudenken sind, wie sie einst manchmal bahnbrechenden Entwicklungen im Silikon Valley der Vereinigten Staaten auf den Weg geholfen haben. Oder – in den Worten des Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi – „Der Beitritt der Kandidatenländer mit ihrer starken Qualifikationsbasis bietet enorme Chancen“, ich füge hinzu „für den europäischen Bildungsraum wie für einen offenen europäischen Arbeitsmarkt“.